

Innsbruck, 16. Juli 2027

Protokollerklärung zu TOP 3e – Parkraumbewirtschaftung

Wir halten ausdrücklich fest, dass wir die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf weitere Wohngebiete grundsätzlich unterstützen. In Stadtteilen wie dem Olympischen Dorf, Kranebitten oder Arzl leiden viele Anrainerinnen und Anrainer seit Jahren unter massivem Parkdruck durch Dauerparker. Die Schaffung neuer Bewohnerparkzonen ist daher aus unserer Sicht ein geeignetes Mittel, um die Verfügbarkeit von Stellplätzen für die Wohnbevölkerung zu verbessern. Dieses Ziel unterstützen wir ausdrücklich.

Ebenso klar lehnen wir jedoch die generelle Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkzeiten auf nahezu alle Kurzparkzonen und Parkstraßen ab. Die Vorverlegung des Gebührenbeginns auf 08:00 Uhr, die Verlängerung bis 21:00 Uhr sowie die Ausweitung auf Samstage stellen eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung für Bürgerinnen und Bürger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Besucherinnen und Besucher sowie Patientinnen und Patienten dar. Gleichzeitig schwächen sie die Attraktivität des stationären Handels, der Gastronomie und der Innenstadt insgesamt. Bemerkenswert ist, dass auch die Stellungnahmen der Wirtschaftskammer, der Arbeiterkammer und der Ärztekammer diese negativen Auswirkungen ausdrücklich hervorheben.

Kritisch sehen wir zudem die Art der Beschlussfassung. Inhaltlich unterschiedliche Maßnahmen – einerseits sinnvolle neue Bewohnerparkzonen, andererseits die flächendeckende Ausweitung der Gebührenpflicht – wurden in einem Gesamtpaket zusammengefasst. Dadurch wird den Mitgliedern des Gemeinderates eine differenzierte Abstimmung faktisch unmöglich gemacht. Die offensichtliche Beifügung von fehlerhaften Planzeichnungen sei nur mehr der Vollständigkeit halber erwähnt.

Aus diesem Grund lehnen wir den gegenständlichen Beschlussakt insgesamt ab. Gleichzeitig halten wir ausdrücklich fest, dass wir den Teilen des Aktes zugestimmt hätten, die der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in jenen Wohngebieten dienen, die nachweislich unter erheblichem Parkdruck durch Dauerparker leiden. Unsere Ablehnung richtet sich ausschließlich gegen die flächendeckende Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkzeiten und die gewählte Form der Zusammenfassung unterschiedlicher Maßnahmen in einem einzigen Beschlussakt.